

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neue Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Anzeigen
für die einseitige Kolonisation
oder deren Raum 25 Bg.
Kleinanzeigen 60 Bg.

Bezugspreis
monatlich 90 Bg., mit Drucker-
lohn 95 Bg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 Bg.
auschl. Bestellgeld.

Fernruf Nr. 164.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstag,
Donnerstag, Samstag
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Wilhelm Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164

Nr. 112.

Donnerstag, den 25. September 1919.

27. Jahrgang

Le Armée District de Wiesbaden Cercle de Wiesbaden
(Campagne). No. 193/A.

REPRESENTATION THEATRE FRANCAISE à WIESBADEN le 26. sept. 1919.

Französische Theateraufführung in Wiesbaden am 26. Sept. 1919.

Wiesbaden, den 11. September 1919.

Le Commandant de Juvigny
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne e).
signé: de Juvigny.

Die Sozialdemokraten gegen die Umsatz- steuer.

Bei der Beratung des Umsatzsteuergesetzes im Steuer-
ausschuß der Nationalversammlung beantragte ein Vertreter
der Mehrheitssozialisten die Vertagung des Gesetzes bis zur
Klärung der direkten Steuern. Das Volk könne die mit
der Umsatzsteuer verbundenen Lasten nicht tragen. Die
Sozialdemokraten ließen erklären, sie hätten keinen Grund, die Re-
gierung gegen diesen Antrag einer Regierungspartei in Schutz zu
nehmen. Reichsfinanzminister Erzberger bestand darauf, daß
die direkten und indirekten Steuern zu gleicher Zeit beschlossen
werden müßten, das ganze Reichsfinanzprogramm sei darauf
gebannt. Die Vertagung des Umsatzsteuergesetzes sei für die
Regierung unannehmbar. Die Sitzung wurde schließlich ver-
tagt, um der Mehrheitssozialdemokratie Gelegenheit zur
Klärung zu geben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich
an diesem Vorfall weitgehende Folgen für die Umbildung
des Kabinetts knüpfen.

Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung.

Zu der Frage des Wiedereintritts der Demokraten in
die Reichsregierung erfährt das „Berliner Tageblatt“ von
unserer Seite: Die Anregung zu weiteren Unter-
handlungen, die am Montag begonnen haben, ist von der
Regierung ausgegangen. Diese Verhandlungen, die zunächst
einen durchaus vorbereitenden Charakter trugen, werden
inzwischen der Demokraten von dem ehemaligen Reichsminister
Erzberger geführt.

Kommunistische Umtriebe.

Am 24. Sept. wurden sechs Kommunisten
in Halle noch zwei Münchener Kommunisten,
der Schlosser Graf und der Buchbinder Franke, verhaftet.
Diese beiden waren, wie jetzt einwandfrei feststeht, nach
Halle entsandt worden, um den früheren Kommunisten-
führer Hartung zu ermorden. Bei den beiden Mün-
chenern wurde ein umfangreicher Briefwechsel, sowie
Korrespondenz und Chiffrierte vorgefunden. Es wurde
festgestellt, daß zu Agitationszwecken Halle
den Kommunistenführern in sieben Bezirken ein-
teilt worden war, und daß jeder dieser Bezirke einem
Kommunisten unterstand. Der Zweck dieser Organisation war
nämlich die sorgfältige Durchführung der Agitation
und die Überwachung, um zu verhindern, daß sich
Einschleichen in die Organisation einschmuggeln. In einer
Versammlung der Kommunisten wurde Anfangs September
in Halle, wie wir erfahren, die Ermordung einer Reihe
von Deutschen vorbereitet, die im Verdacht standen, Spionage-
dienste zu tun.

Paul „Berliner Lokalanzeiger“ wurden auch in
Dresden zahlreiche Kommunisten verhaftet, darunter der
ParteiSekretär für Ostpreußen, Beltmann, und seine Ge-
nossen. Diese Maßnahmen stehen zweifellos im Zusammen-
hang mit den kommunistischen Plänen.

Erzberger'sche Auffassung.

Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung
äußerte Finanzminister Erzberger, es seien unbedingt
neue Sollgrenzen im Westen notwendig. Ferner gab
Erzberger der Auffassung Ausdruck, daß eine durch-
greifende Sanierung unserer Finanzen nur durch Aufnahme
einer großen Anleihe mit Hilfe Amerikas möglich sei.

Die Kriegsgefangenen.

Heimkehr.

Ueber Rücktransporte unserer Kriegs- und Zivil-
gefangenen wird von zuständiger Seite gemeldet: Es
wird beabsichtigt, mit den Engländern über einen
Gesamttransportdispositionsplan zu verhandeln, welcher
den Transport aller Gefangenen aus England nach
Deutschland umfaßt. Die Belgier haben sich bereit
gezeigt, die Gefangenen zurückzuweisen. Sie wollen 10
Transporte zu je 1000 Mann schicken, und zwar auf dem
Schienenwege. Von einem Abtransport zu Fuß ist offi-
ziell nichts bekannt.

Die amerikanische Regierung hat die
sofortige Heimkehr aller in den Vereinigten Staa-
ten befindlichen deutschen Kriegsgefangenen befohlen.
Die Beförderung findet am 25. September auf dem
amerikanischen Truppentransportdampfer „Bohndas“,
der von New-York nach Rotterdam fährt, statt. Mit
dem gleichen Dampfer werden etwa 72 deutsche In-
ternierte heimgeschickt, sowie die Frauen und Familien
einzelner Kriegsgefangenen und Internierten, ferner
etwa 20 auf Ehrenwort aus der Internierung En-
lassene und etwa 35 Deutsche, denen die Einwanderung verweigert
wurde.

In den nächsten Tagen sollen 120 000 Gefan-
gene aus England und Frankreich über
Düsseldorf nach Hause geleitet werden.

Zur Friedensfrage.

Teichen.

Der Oberste Rat hat beschlossen, die Tscheco-
slowakei und die polnische Regierung
sofort von dem Beschlusse zu benachrichtigen, innerhalb
einer Frist von drei Monaten in den Bezirken von Te-
schen, Szopos und Arca, die vorerst von den tschecho-
slowakischen und den polnischen Truppen geräumt
werden müssen, die Volksabstimmung vorzunehmen zu
lassen. Die zur Überwachung der Durchführung der
Volksabstimmung bestimmte alliierte Kommission wird
unverzüglich ernannt werden.

Der Oberste Rat.

Der Fünfererrat beschloß, 50 000 Mann tse-
chowslawischer Truppen, die sich noch in
Sibirien befinden, schleunigst in die Heimat zu-
rückzuführen zu lassen. — Nach dem „Temps“ be-
schäftigt sich der Rat auch mit der Frage der provisorischen
militärischen Besetzung von Westindien. Eine
Zone soll von Griechenland, die andere von interallii-
erten Truppen besetzt werden. Erst nach Abschluß des
Friedensvertrages mit der Türkei wird über das end-
gültige Statut entschieden werden.

Die parlamentarische Reichs- arbeit.

Berlin, 23. Septbr.

Die Ferien der verfassunggebenden deutschen Natio-
nalversammlung haben nach knapp vierwöchiger Dauer
ihre Ende erreicht, die wichtigsten Ausschüsse des
Parlamentes haben im wiedergesäuberten Reichstagsge-
bäude ihre Arbeit wieder aufgenommen. Freilich wa-
ren in den Morgenstunden nur verhältnismäßig wenig
Abgeordnete zur Stelle, von denen der größte Teil die
weitausgehende Fülle und Gänge des verwickelten an-
gelegten Ballotbaues noch nicht kannte und mühsam den Weg
zu den Ausschüßzimmern im dritten Stock zu entdecken
suchte. Im Laufe des heutigen Vormittags nahmen der
Hauptausschuß den Etat, der 7. Ausschuß das Betriebs-
rätegesetz und der 11. Ausschuß die Reichsabgabear-
beit in Angriff, während nachmittags der 10. Ausschuß die
Beratung des Reichsnotopfers begann.

Der 7. Ausschuß beschloß eine Einladung der In-
dustrieverbände zu einer gemeinsamen Aussprache über
das Betriebsrätegesetz Folge zu leisten. Als
Berichterstatter eröffnete der Demokrat Erzberger
die allgemeine Aussprache mit einer scharfen Kritik des
Regierungsentwurfs über die Räte, der zur Syndikali-
sierung in den Betrieben führe. Von dem Grundge-
danken ausgehend, daß für die Vertretung der Interessen
von Arbeitgebern und -nehmern die Unternehmerver-
bände und die Gewerkschaften ausreichen und berufen
seien, hat der Berichterstatter einen Gegenvorschlag zur Re-
gierungsvorlage ausgearbeitet, der mit zur Aussprache
gestellt wird.

Im Hauptausschuß riefen Mitteilungen des Reichs-
finanzministers Erzberger über die Durchführung
der Reichsfinanzordnung eine allgemeine Aussprache her-
vor. Die bei der Durchführung entstehenden Unsicher-
heiten zwischen Reich und Ländern sollen demnächst
durch den Reichsrat entschieden werden. Dazu führte
der Reichsfinanzminister aus, daß eine derartige Ent-
scheidung nicht nötig sei, da mit den Regierungen der
einzelnen Länder eine Verständigung zu-
stande gekommen sei, die zwar nicht ganz den Plänen
des Finanzministeriums entspreche, aber doch eine befrie-
digende Lösung bringe. Es müßten bei der Neuord-
nung auch die politischen Wirkungen ins Auge gefaßt
werden und der Umstand, daß die plötzliche Umstellung
einer Verwaltung zu Unzulänglichkeiten führen müsse. Da,
wo eine gute Steuerorganisation bestehe, wie in Hes-
sen, Baden, Württemberg und Bayern, werde kaum
etwas geändert. In Preußen und anderen Staaten da-
gegen müsse eine andere Organisation durchgeführt wer-
den. Im ganzen Reiche würden 25 Landesfinanzämter
mit je einem Präsidenten an der Spitze errichtet. Die
Stellen dafür wie auch die zum Ausbau der Organi-
sation nötigen übrigen Stellen sollten baldmöglichst ge-
nehmigt werden. Unter Hinweis auf die außerordent-
liche Tätigkeit des Reichsfinanzministeriums und auf
das parlamentarische System verlangte der Minister
einen weiteren Ausbau der Beamtenschaft hervorgegan-
genen Unterstaatssekretär als Vertreter des Ministers.

Die Ernennungen der Beamten für die
Reichsvermögensverwaltung im be-
festigten Gebiet sind, wie die „Rhein. Volkskraft“
aus Koblenz erfährt, nunmehr erfolgt, so daß die neue
Behörde am 1. Oktober in Tätigkeit treten kann. Im
wesentlichen setzt sie sich zusammen aus den Oberbe-
amten der Intendantur des 8. Armee-Korps. Der In-
tendant ist zum Präsidenten der neuen Behörde ernannt
worden, die ihren Sitz in Koblenz und Zweigstellen in
Köln, Mainz und Landau haben wird. Am 22. Sep-
tember hat die Vereidigung der gesamten, aus der In-
tendantur übernommenen Beamtenschaft stattgefunden.
Die Intendanturräte führen künftig den Titel Finanzräte.
—* Unter dem Vorsitz des preussischen Finanz-
ministers Dr. Süßlum sind in Hamburg die Fi-
nanzminister der Länder Preußen, Bayern, Sach-
sen, Württemberg, Hessen und Baden zu einer streng
vertraulichen Besprechung zusammengetreten. Die
Beratungen dienen einer Aussprache über die Finanz-
lage der einzelnen Bundesstaaten. Der Besprechung
wohnte auch der preussische Minister für öffentliche Ar-
beiten, Deser, bei.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

—* Die Ernennungen der Beamten für die
Reichsvermögensverwaltung im be-
festigten Gebiet sind, wie die „Rhein. Volkskraft“
aus Koblenz erfährt, nunmehr erfolgt, so daß die neue
Behörde am 1. Oktober in Tätigkeit treten kann. Im
wesentlichen setzt sie sich zusammen aus den Oberbe-
amten der Intendantur des 8. Armee-Korps. Der In-
tendant ist zum Präsidenten der neuen Behörde ernannt
worden, die ihren Sitz in Koblenz und Zweigstellen in
Köln, Mainz und Landau haben wird. Am 22. Sep-
tember hat die Vereidigung der gesamten, aus der In-
tendantur übernommenen Beamtenschaft stattgefunden.
Die Intendanturräte führen künftig den Titel Finanzräte.
—* Unter dem Vorsitz des preussischen Finanz-
ministers Dr. Süßlum sind in Hamburg die Fi-
nanzminister der Länder Preußen, Bayern, Sach-
sen, Württemberg, Hessen und Baden zu einer streng
vertraulichen Besprechung zusammengetreten. Die
Beratungen dienen einer Aussprache über die Finanz-
lage der einzelnen Bundesstaaten. Der Besprechung
wohnte auch der preussische Minister für öffentliche Ar-
beiten, Deser, bei.

—* Das Inkrafttreten des Spielfarten-
steuergesetzes ist für den 1. November bestimmt
worden.

—* Der Staatshaushalts-Ausschuß der Preussischen
Landesversammlung beschäftigte sich mit den Anträgen,
die dahin gingen, die Steuerzulagen der Privat-
angestellten ebenso wie die der Staatsangestellten steuer-
frei zu lassen oder 25 Prozent des Gesamteinkommens
nicht zur Steuer heranzuziehen. Die Regierung be-
kämpfte diese Anträge, die nach einer Berechnung des
Finanzministeriums dem Staate einen Ausfall von
41—42 Millionen Mark bringen würden. Sie erklärte,
daß die Steuerfreiheit der Beamten und Angestellten be-
züglich der Steuerzulagen am 1. April 1920 in
Kraft kommen, da das Reich bei der Übernahme
der Steuerverwaltung alle Beamtenprivilegien beibehal-
ten wolle. Daraufhin erklärte der Ausschuß die An-
träge für erledigt, zumal auch die Gemeinden durch
diese Anträge 120 Mill. Mk. einbüßen würden. Staat
und Gemeinde könnten zurzeit keine Steuerentnahmen
entbehren.

—* Die Verhandlungen zwischen dem Reich und
Preußen auf Gewährung von Wirtschaftsbefrei-
ungen an Lohnempfänger der Reichs- und Staatsbetriebe
sind zum Abschluß gekommen. Wie den Beamten,
werden auch den Staatsarbeitern im Reich und Preußen
Wirtschaftsbefreiungen gewährt werden und zwar in erster
Linie den kinderreichen Familien. Gesehenswürdig ist
Gewährung der Befreiungen an Beamte und Arbeiter und
über die Bewilligung neuer Kredite für diese Zwecke
durch Erhöhung der Ergänzungssteuer vom 1. Oktober
1919 ab werden der Preussischen Landesversammlung
unverzüglich zugehen.

Rohlennot.

Deutschland und Oesterreich.

Ueber ein Gespräch, das der österreichische Ge-
schäftsträger Hartmann mit dem Reichspräsidenten
Ebert in der Kohlenfrage führte, sind in die
Presse Einzelheiten gelangt, die zu Mißverständnissen

Anlaß geben könnten. Hartmann sprach mit Ebert am Samstag wegen einer einmaligen Ausnahme über die vertragmäßigen Mengen hinaus. Ebert erklärte sich bereit, mit den zuständigen Stellen zu sprechen und das Mögliche zu veranlassen. Eine verbindende Zusage konnte den Umständen entsprechend nicht gemacht werden. Die Zusage Eberts bürgt aber dafür, daß, sofern es die Schwierigkeiten, in denen sich die Kohlenversorgung Deutschlands selbst befindet, nur einigermaßen gestattet, dem deutsch-österreichischen Volke von seinem nördlichen Nachbar Hilfe geboten wird.

Fiume.

Zur Annexion Fiumes.

Die „Agenzia Stefani“ bezeichnet laut „Temps“ die Meldungen über die in Fiume vereinigten Streitkräfte als übertrieben und meldet, daß in der Nähe der Waffenstillstandslinie und in Dalmatien südslawische Truppenbewegungen und eine Zusammenziehung südslawischer Freiwilligenabteilungen bemerkt würden. General D'Annunzio (der ursprünglich gegen das Unternehmen d'Annunzio entstand) habe Befehle erteilt, daß überall ein reger Ueberwachungsdienst durchgeführt werden müsse. D'Annunzio hat laut „Temps“ an den Herausgeber des „Popolo d'Italia“ in Mailand, Mussolini, ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

Ich habe alles gewagt, ich habe alles gegeben, ich habe gesiegt. Ich bin Herr von Fiume, Herr des Gebiets von Fiume, eines Teils der Waffenstillstandslinie, der Schiffe und Herr von Soldaten, die nur mir gehorchen. Ich habe Fiume, ich werde es halten, solange ich lebe. Auf jeden Fall kämpfen wir unaufhaltsam mit einer Tapferkeit, die dies Unternehmen zum schönsten seit dem Juge der Tausend (der Eder Garibaldi) macht. Wenn nur die Hälfte der Italiener den Fiumern gleiche, so wären wir Herren der Welt. Aber Fiume ist nur ein einsamer Gipfel des Heldentums, wo es wird sein zu schlummern, die Lippen benezt zum letzten am Wasser der Quellen. Aufrecht! Seit sechs Nächten habe ich nicht geschlafen, und das Fieber verzehrt mich; aber ich bleibe aufrecht. Fragt die, so mich geschaut haben: Alala! (der von d'Annunzio „erfundene“ Fliegerruf). G. d'Annunzio.

D'Annunzio beansprucht in einer Rede, die er anlässlich des Nationalfeiertages gehalten hat, außer der Stadt Fiume und deren Landgebiete auch den Hafen und die Eisenbahnen für Italien. Jede andere Lösung sei unannehmbar.

Krisenstimmung in Italien.

Die gesamte italienische Presse steht unter dem Eindruck der Einberufung des Kronrates und der Vertagung der Kammer bis zum 27. September. Als Beweis für die Schwierigkeit der Lage wird daran erinnert, daß selbst bei der Kriegserklärung an Österreich-Ungarn die damalige Regierung von einer so außerordentlichen antikonstitutionellen Maßnahme abgesehen habe. Die Gegner Rittis betonen, daß die Einberufung des Kronrates einen Versuch des Ministeriums bedeute, sich der Verantwortlichkeit der unerträglichen inneren und äußeren Lage des Landes zu entziehen. Eingeladen sind Luzzatti, Boselli, Gioiotti, Sonnino und Orlando, die Seeresleitung und sämtliche Fraktionsführer, darunter Turati, dessen Teilnahme aber von der Zustimmung der Parteileitung der offiziellen Sozialisten abhängt. Tittoni wird eine Darstellung der Lage abgeben und Unterstützung für die jetzt eingeschlagene Politik fordern. Wie der „Corriere della Sera“ meldet, hatte er auf eine rasche Zustimmung Wilsons zu den von Frankreich und England getroffenen Abmachungen über Fiume gehofft. Statt dessen hätte sich Wilson in Schweigen und überlasse es Italien selbst, eine Lösung des Problems zu finden. Der „Secolo“ dagegen behauptet, daß die Antwort Wilson bereits

eingetroffen sei, daß sie aber für Italien nicht günstig lautet, geht daraus hervor, daß das Blatt von der Wahrscheinlichkeit spricht, der Kronrat werde über die Lage diskutieren, in die Italien gerate, wenn es sich unter Beilegung des Wilsonschen Votums für eine Annexion Fiumes erkläre. Der „Avanti“ sieht in der Einberufung des Kronrates einen letzten Versuch der Regierung, einen Ausgleich zwischen den Ansprüchen der Militäristen und dem Ruhebedürfnis des die Revolution fürchtenden Bürgertums zu finden.

Zur Blutschuld 1914.

Die Schuldfrage.

Der Berliner Berichterstatter des „Bund“ bemerkt zu dem von der österreichischen Regierung herausgegebenen Notbuche, die Veröffentlichung bedeute eine moralische Rechtfertigung der Berliner Politik in unerwartetem Ausmaß. Sie bestätige andererseits die diplomatische Hilflosigkeit und Passivität der Wilhelmstraße, die sich politisch in verhängnisvoller Weise ins Schlepptau habe nehmen und ihr Vertrauen mißbrauchen lassen. Die Beweislast der Akten des Notbuches sei so zwingend, daß sie zweifellos zu einer gründlichen Änderung der bisherigen Auffassung über die Schuldfrage führen werde. Sie berichtige und ergänze auch in wesentlichen Punkten die Darstellungen deutscher Staatsmänner, denen das Beweismaterial nicht zur Verfügung gestanden habe.

Zur Veröffentlichung der Wiener Akten.

Die holländischen Blätter, die sich mit der Besprechung des Wiener Notbuches befassen, weisen darauf hin, daß zur völligen Klarstellung der Tatsachen die Veröffentlichung der Dokumente des österreichisch-ungarischen Ministeriums nicht genüge, sondern daß dazu auch die Bekanntmachung der Dokumente der Archive des deutschen auswärtigen Amtes und der auswärtigen Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte notwendig wäre. Der „Nieuwe Courant“ schreibt: Die Enthüllungen des österreichischen Notbuches rufen die Haltung Deutschlands vor dem Krieg, was die Schuldfrage betrifft, in ein viel günstigeres Licht als das, in dem wir es bisher erblickt haben. Sie liefern damit, wenn sie richtig sind, denen ein starkes Argument, die sich für die Revision des Friedensvertrages einsetzen. — Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ führt aus: Es hat den Anschein, daß gewisse an die Adresse der deutschen Regierung gerichtete, niemals widerlegte Beschuldigungen durch dieses neue Notbuch nun doch entkräftet werden, so die Beschuldigung, daß Berlin den östlichen Vermittlungsvorschlag nicht nach Wien weitergegeben habe, und daß der deutschen Regierung der Text des österreichischen Ultimatums von vornherein bekannt gewesen sei. Das Blatt findet es erstaunlich, daß Berlin der österreichischen Regierung eine Art Blanko-Vollmacht gab, ohne einen entsprechenden Druck auszuüben, um wenigstens von allem unterrichtet zu werden. Diese Haltung ist ein Leichtsin, der als unverantwortlich bezeichnet werden müsse.

Allerlei Nachrichten.

Die Auslieferungsfrage.

Der Pariser Korrespondent der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ telegraphiert seinem Blatt, daß die Meldung des „Libre Belgique“, der niederländische Gesandte in Paris habe die Mitteilung erhalten, daß Holland innerhalb 14 Tagen um die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers ersucht werden würde, ganz unrichtig sei.

Die „Libre Belgique“ veröffentlicht eine Depesche aus dem Haag, in der es heißt, die Nachricht von dem zunächst zu erwartenden Ersuchen um Auslieferung des früheren deutschen Kaisers habe keine Uebernahme verursacht. Die holländische Regierung werde

auf das Ersuchen des Obersten Rates mit einer klaren, aber formellen Weigerung antworten. Dem Blatte wird von gutunterrichteter Seite berichtet, daß die assoziierten Mächte sogar mit der Weigerung, Wilsons rechnen, um endgültig die Frage aus der Welt zu schaffen, deren Lösung mit Schwierigkeiten verbunden sein würde.

Beschleppte Deutsche.

Ein Offizier der italienischen Militärmission, der am 14. September zur Ermittlung der aus Österreich-Ungarn von den Polen verschleppten, bisher vermischten Deutschen an Ort und Stelle reiste, machte nach vielen Bemühungen die Mehrzahl der Vermischten, darunter den Bergasseffor von Lehrenstein, ausfindig. Die notwendigen Schritte zur Heimkehr der Betroffenen sind eingeleitet worden.

Die Kämpfe im Osten.

Wie der Berliner „Volksanzeiger“ aus dem Haag erfährt, wird aus Tomsk gemeldet, daß das sibirische Heer seine Offensive auf der ganzen Front fortsetzt. Es wurden bisher viele Kriegsgewinne gemacht und viel Kriegsmaterial erbeutet.

Die Lage in St. Petersburg.

Einer Meldung aus Helsingfors zufolge ist ein Engländer nach abenteuerlichen Erlebnissen aus Petersburg in Kewal eingetroffen, der erklärt, daß Petersburg gegenwärtig im Todeskampf liege und seiner vollständigen Vernichtung entgegengehe. Es sei nicht mehr möglich, das Leben aufrechtzuerhalten, in einem Monat werde auch kein Brennmaterial mehr geben. Petersburg sei ohne jede Bahnverbindung, so daß auch keine Hilfsmittel mehr einträfen. Wenn die Stadt nicht binnen kurzer Zeit entsetzt werde, komme die Hilfe zu spät, von 400 000 Menschen, die jetzt die unglückliche Bevölkerung dieser Stadt ausmachen, werde nur noch in geringer Bruchteil vorhanden sein.

Der Friedenszustand mit China.

Das Reichsministerium des Auswärtigen hat, wie verlautet, bei der niederländischen Regierung als Schlichter der China-Deutschen angefragt, ob der Präsident der chinesischen Republik tatsächlich in einem Erlaß die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland verbindliche, und hat eine bestätigende Antwort erhalten. Nach Empfang der chinesischen Erklärung wird die deutsche Regierung wahrscheinlich ihrerseits die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit China bekannt machen, da China den Versailler Vertrag bekanntlich nicht unterzeichnet hat.

Ein Mahnruf aus Argentinien.

Außerordentliches Bedauern erwecken in maßgebenden deutschfreundlichen gesinnten argentinischen Kreisen die dauernd einkaufenden Meldungen über Streiks und Rückgang der Kohlenförderung, sowie Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die argentinischen Freunde Deutschlands wollen ihm durch Bereitstellung von Krediten zur Beschaffung von Lebensmitteln zu Hilfe kommen und dabei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau unterstützen. Diese Bestrebungen werden durch das unverhältnismäßige Verhalten eines Teiles der deutschen Arbeiterschaft behindert. Man sagt sich hier, daß es trotz allen Vertrauens in die deutsche Leistungsfähigkeit unnütz und ungeheuerlich ist, den Deutschen zu helfen, wenn sie selbst die Hände in den Schoß legen und nicht sehen wollen, daß ihr Land durch die Streiks und die Arbeitslosigkeit völlig zugrunde gerichtet wird.

Kleine Meldungen.

Wien. Den Blättern zufolge haben die Verhandlungen zwischen den Skodawerken und der Firma Schneider-Creusot zu einem Abbruch geführt.

Rote Rosen.

Roman von G. Courths-Mahler.

108) Nachdruck verboten.

Graf Henning aber hielt ihre Hand fest und warm in der seinen und sah sie an, als wolle er sich ihr Bild noch einmal fest einprägen.

„Auf Wiedersehen — ich sage auf Wiedersehen, liebe Schwägerin.“

Ihre Augen blieben in den seinen hängen wie gebannt, bis der Zug sich in Bewegung setzte und sie sich nicht mehr sehen konnten.

Dann sank Gladys mit einem Aufatmen in die Kissen ihres Wagens zurück. Maggie hatte bescheiden bei Seite gestanden. Nun zog sie Gladys neben sich nieder.

„Nun, meine gute Maggie, wie gefallen dir meine neuen Verwandten?“ fragte sie eifrig in englischer Sprache.

Maggie strahlte zufrieden.

„O sehr gut, Mädchen. Das sind zwei schöne und gute Herren. Aber der Gemahl von Gräfin Josta ist sehr unglücklich, ihn bedrückt ein schweres Leid.“

Gladys sah sie betroffen an.

„So, hast du das auch bemerkt, Maggie? Ich hatte denselben Eindruck, wollte es aber nicht glauben.“

„Doch, Miß Gladys. Und er hat Sie immer angesehen, als wollte er Ihnen noch etwas sagen, was ihm nicht über die Lippen wollte. Wie ein junger, glücklicher Chemann hat er nicht ausgesehen.“

Gladys nickte und seufzte tief auf.

„Ja, Maggie, mir schien auch, als sei da irgend etwas nicht in Ordnung. Auch Graf Henning schien etwas auf dem Herzen zu haben. Fast war mir, als jorge sich Graf Rainer um meine Schwester und Graf Henning jorge sich um seinen Bruder. Josta wird doch nicht krank sein?“

„Sie werden bald sehen, Miß Gladys, in zwei Stunden spätestens sind wir in Baldow.“

Die junge Dame nickte und drückte die Hände aufs Herz.

„Ahnst du, wie mir zumute ist, Maggie? Nun soll ich bald vor meiner Schwester stehen. Und ich weiß nun schon, daß sie mich liebevoll aufnehmen wird. Graf Henning hat es mir gesagt. Sie hat voll Sehnsucht nach mir forschen lassen. Graf Henning war so gut zu mir, Graf Rainer auch, aber er war mit seinen Gedanken fort — ich glaube, bei Josta. Graf Henning aber hat mir so viel Mut gemacht und war so gut — so gut — du glaubst es nicht, Maggie.“

Diese lächelte etwas überlegen.

„O ja, Mädchen, wie soll er zu Ihnen auch anders sein als gut? Er hat doch Augen im Kopf. Und die hat er gut gebraucht. So ein liebes und schönes Mädchen sieht er nicht oft. Der ist Ihnen gut, Mädchen, das dürfen Sie mir glauben. Meine Augen sind noch sehr scharf.“

Gladys lachte schelmisch.

„Ei, Maggie, ich denke doch, du wirst bald eine Brille brauchen“, sagte sie. Aber sie wurde doch rot dabei.

Josta war in Baldow angelangt. Da sie sich nicht vorher angemeldet hatte, fand sie natürlich nichts zu ihrem Empfangen vorbereitet. Die Zimmer waren zwar stets leidend in Ordnung, dafür sorgte die Bäckerin, aber sie waren kalt und unbequem.

So mußte Josta einige Stunden in der Wohnung des Bäckers verweilen, bis oben in der ersten Etage ein wenig Gemütlichkeit geschaffen war. Vor Tisch ging sie dann ein Stündchen ins Freie, weil sie Kopfweh hatte. Sie fand Baldow zu ihrer Enttäuschung durchaus nicht so anheimelnd, wie sie es sich gedacht hatte. Im Winter war sie fast nie hier gewesen, nur immer im Sommer, wenn ringsum alles grünte und blühte. Da hatte selbst das nützlichste aller Herrenhäuser mit seiner grünen, gradlinigen Fassade hübsch ausgesehen, zumal wenn sich die helle Sonne in den Fenstern spiegelte. Sie konnte heute kaum begreifen, daß sie immer Sehnsucht nach Baldow gehabt und hier ihre glücklichsten Stunden verlebt hatte. Jetzt wußte sie, daß diese Sehnsucht unbedeutend nur immer dem Umstand gegolten hatte, daß Rainer hier in der

Nähe weilte. Und nun flog ihre Sehnsucht nach Baldow. Hier in Baldow hatte ihre Seele keine Heimat mehr, zumal auch der Vater nicht mehr bei ihr war. Ganz einsam und allein war sie nun — und so würde es nun wohl immer bleiben, ein ganzes Leben lang.

Sie fröstelte und ging langsam wieder nach dem Herrenhause zurück.

Wo hätte sie sich jetzt noch wohl fühlen können? Nirgends. Der einzige Platz auf der Welt, wo sie ein Heimatgefühl empfinden konnte, war der Platz an Rainers Herzen, in seinem Hause. Und der war ihr nun verschlossen für alle Zeit.

Wäre, mit schweren Schritten, kam sie heim. Die Bäckerin empfing sie in dem breiten Hausflur, dessen einziger Schmuck aus bunten und verstaubten Entwürfen bestand.

„So, Frau Gräfin, nun ist es schon ein bißchen gemüthlicher oben. Wenn Sie wünschen, können Sie nun oben im Eßzimmer das Mittagessen einnehmen. Ich schide es Ihnen mit der Dörte hinauf“, sagte sie. Josta dankte ihr.

„Ich habe Ihnen Mähe gemacht, Frau Gräfin.“ „Das tut ja nichts. Im Winter haben wir jetzt mehr nicht an.“

Josta ging nun hinauf. Traurig blickten ihre Augen über die lieben alten Möbel. Als sie daran dachte, daß Rainer oft in diesen Räumen gewohnt hatte, stürzten ihr die Tränen aus den Augen.

Sie setzte sich dann einsam und allein zum Mittagessen nieder. Um die Bäckerin nicht zu kränken, sah sie sich einige Bissen hinab.

Aber dann überkam sie das Elend wieder, und sie schloß sich in ihrem Schlafzimmer ein und weinte sich auf den Divan.

So losgelöst von allem, was ihr lieb war, kam sie sich vor, so schrecklich einsam und verlassen. Und das sollte nun ein ganzes Leben lang so gehen?

(Fortsetzung folgt.)

Es wird etwa 30 000 Stück Zigaretten und es wird eine entsprechende Vertretung in der Verwaltung. Nach einer Meldung der „Nieuwe Courant“ aus Washington hat Senator Vorah in einem Pressegespräch erklärt, daß die inländischen Bankfirmen einen Fonds von mehreren Millionen Dollar zusammengebracht hätten, um den Senat zur Ratifikation des Friedensvertrags ohne Abänderung zu zwingen. Dieses Vorgehen der Banken sei dadurch veranlaßt, daß der Vertrag in seiner jetzigen Gestalt die Anleihen in Europa garantierte, während Abänderungen für die Banken gefährliche Folgen haben könnten.

Antwerpen. Die Senatoren und Abgeordneten Antwerpens sandten dem Präsidium der Kommission, die sich mit der Revision des belgisch-holländischen Vertrages von 1839 beschäftigt, ein Telegramm, in dem sie die vollständige Souveränität Belgiens über die Mündung der Schelde verlangt.

Verfall. Die Pariser Presse verbreitet eine Meldung der „New York World“, die ihr von ihrem Pariser Korrespondenten mitgeteilt worden sei, nach der es wahrscheinlich sei, daß Clemenceau und Marschall Foch im Dezember Amerika einen Besuch abstatten werden.

Das russische Problem.

Der Berliner Berichterstatter des „Matin“ meldet seinem Blatt von einem großzügigen wirtschaftlichen Plan, von dem er in den Kreisen der deutschen Großindustrie und Großfinanz Kenntnis erhalten haben will, um die gewaltigen natürlichen Reichtümer Rußlands durch eine französisch-englisch-deutsche Rieflengruppe auszunutzen. Der Hauptgedanke dieses Plans gehe davon aus, daß der Bolschewismus und die Unruhen in Rußland einen dauernden Zustand der Unsicherheit für ganz Europa bildeten, und daß eine europäische Politik so lange unmöglich sei, als Rußland die Ruhe nicht wiedergewonnen habe und das russische Volk nicht die Wohlfahrt einer sachgemäßen Ausnutzung seiner natürlichen Reichtümer genieße. Auf diese Weise soll die Wirtschaftspolitik in weitestgehender Weise das militärische Vorgehen unterstützen und unverzüglich in Erscheinung treten. Die natürlichen russischen Reichtümer sollen als Grundlage einer Emigration, die auf England, Frankreich und Deutschland zu verteilen sei, gelten. Rußland solle damit die Möglichkeit gegeben werden, sein geistliches Gleichgewicht wiederzufinden, und Frankreich solle damit die 22 Milliarden, die es Rußland geliehen habe, wiedergewinnen können. Deutschland solle endlich die Möglichkeit gegeben werden, auf möglichst rasche Weise seine Schulden zu begleichen. Die Gemeinsamkeit der Interessen würde jede Kriegsgefahr für die Zukunft ausschließen und den Bankrott für die Gegenwart vermeiden. Die hervorragendsten politischen Persönlichkeiten Rußlands seien bereits für diesen Plan gewonnen im Hinblick auf den Mehrwert, den sämtliche Naturreichtümer Rußlands durch eine systematische Ausbeutung bekämen. Der Gedanke für dieses Unternehmen stamme von dem belgischen Großindustriellen Arnold Reckberg, der ja auch in Paris in Künstler- und Gesellschaftskreisen als Bildhauer bekannt sei. Der Berichterstatter erinnert daran, daß Reckberg während des Krieges dem Stabe des Kronprinzen zugeteilt war, mit dem zusammen er bereits Anfang 1915 für einen russischen Friedensschluß gearbeitet habe. Unter den Persönlichkeiten, die ihre vollkommene Zustimmung zu dem Plan geäußert hätten, werden Schwab und Gumpelheimer genannt. Für den Plan sollen auch bereits verschiedene Mitglieder der gegenwärtigen Regierung gewonnen sein. Im Laufe der Unterhaltung betont der Berichterstatter festzustellen zu haben, daß in diesen Kreisen die Ueberzeugung herrsche, Deutschland sei durch seine geographische Lage und durch die Art seiner Industrie dazu berufen, in Rußland eine bedeutende Rolle zu spielen, besonders was die Lieferung von Wertgegenständen betreffe. Das französische Interesse bestehe in einer weitgehenden Teilnahme an den genannten Unternehmungen und in militärischen und politischen Beziehungen, zu deren Studium alsbald getreten werden könne. Im Falle diese Vorschläge in Frankreich einen günstigen Widerhall fänden, werde Direktor Schwab von der deutschen Regierung den Auftrag zu erlangen suchen, mit bestimmten Vorschlägen hervorzutreten.

Lozales und Provinzielles.

Schierstein, den 25. September 1919.

Die wichtigsten vom 1. Oktober ab geltenden neuen Postvorschriften.

Allgemeines

1. Alle Postsendungen, mit Ausnahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefen und Postkarten, müssen fortan freigegeben werden.
2. Für die Bestellung von gewöhnlichen, Brief- und Einschreibepaketen und Verbriefen, sowie für das Abtragen der Postanweisungen nebst den Gebühren wird keine Gebühr mehr erhoben. Mit Ausnahme der Eisenbahn und der Zeitungen kommt das Befestigen für alle Sendungen in Wegfall.
3. Postabholer haben eine jährliche Sachgebühr von 6 Mark vierteljährlich voraus zu entrichten, wenn sie ein besonderes Fach des Ausgabezeichens bei der Postanstalt eingeräumt erhalten. Wer nur Zeitungen abholt, ohne daß dazu ein besonderes Fach beantragt wird, hat eine Ausgabegebühr in Höhe der Hälfte des Zeitungsbestellgeldes für die Dauer der Benutzung im voraus zu zahlen.

Pakete

1. Auf dem Paket ist der Name und Wohnort nebst Wohnung des Absenders anzugeben; in das Paket oben ist ein Doppel der Aufschrift zu legen. Dies ist jetzt eine Zwangsvorschrift. Wird sie vom Absender nicht beachtet, so hat er die daraus entstehenden Nachteile zu vertreten.
2. Jedem Paket muß eine Paketkarte beigegeben sein. Die bisherige Befugnis, mehrere Pakete an denselben Empfänger mit einer Paketkarte zu versenden, ist aufgehoben.

3. Die Paketgebühr beträgt in der Nahzone (bis 75 Kilometer) bei einem Gewicht bis 5 Kgr. 75 Pfg., über 5 bis 10 Kgr. 1.50 Mark, über 10 bis 15 Kgr. 3 Mark, über 15 bis 20 Kgr. 4 Mark. In der Fernzone (über 75 Kilometer) sind die entsprechenden Sätze: 1.25 Mk., 2.50 Mk., 5 und 6 Mk.

4. Bei dringenden Paketen hat der Absender zu zahlen: die Paketgebühr, eine besondere Gebühr von 2 Mark, sowie, wenn die Sendung nicht den Wert „Postlagernd“ trägt, die Eilbefestigungsgebühr.

Pakete mit Wertangabe.

1. Für Wertpakete, auch für solche bis 100 Mark, werden erhoben: die Paketgebühr, die Einschreibgebühr von 30 Pfg. und die Versicherungsgebühr.
2. Die Versicherungsgebühr beträgt 40 Pfg. für je 1000 Mark Wertangabe oder einen Teil von 1000 Mark.

Briefe mit Wertangabe

Für Wertbriefe werden erhoben: die Gebühr für einen gewöhnlichen Brief (nach den für den Fernverkehr und für den Orts- und Nachbarortsverkehr gültigen Sätzen), die Einschreibgebühr von 30 Pfg. und die Versicherungsgebühr (40 Pfg. für je 1000 Mk.)

Zeitungen.

Wird eine bei der Post bestellte Zeitung auf Verlangen des Bezahlers an eine andere Postanstalt überwiesen, so ist hierfür eine Ueberweisungsgebühr von 50 Pfg. zu zahlen, wenn diese Postanstalt in demselben Postort, und eine Gebühr von 1 Mark, wenn sie in einem anderen Postort liegt.

* **Gemeinnützige Baugenossenschaft Schierstein.** Interessenten werden nochmals auf die heute abend im „Nassauer Hof“ stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht. Es wird erwartet, daß alle Mitglieder erscheinen, auch wird gehofft, daß noch weitere Anmeldungen von Einwohnern, Arbeitslosen und Kriegsbeschädigten erfolgen. Es wird zugleich um pünktliches Erscheinen gebeten, um die umfangreiche Statutenberatung rechtzeitig beginnen zu können.

* **Ausflug.** Bei günstigem Wetter unternimmt Sonntag, den 28. September, die hiesige gewerbliche Fortbildungsschule eine Tageswanderung nach dem Hunsrück. Die Fahrt nach Bingen und zurück erfolgt mit einem Strandbadboot. Die Mitglieder des hiesigen Gewerbevereins und deren Angehörigen werden zur Teilnahme freundlichst eingeladen und können, soweit es die Leistungsfähigkeit und der Raum des Bootes gestattet, sich anschließen. Anmeldungen nimmt Herr Lehrer Schmidt entgegen; derselbe gibt auch nähere Auskunft über die Tour.

* **Unsere israelitischen Mitbürger feiern** am 25. und 26. September Neujahr (5680) und am 4. Oktober Versöhnungsfest.

* **Die Bewirtschaftung der neuen Kartoffelernte.** In der Versammlung des Verbandes deutscher Kartoffelinteressenten wurde von dem Vorsitzenden mitgeteilt, daß infolge der großen Trockenheit die Kartoffelernte weit schlechter ausfallen werde, als erwartet worden war; man müsse teilweise sogar von einer Missernte sprechen. (Die mit Spätkartoffeln bestellte Fläche beziffert sich nach den Anbauverhältnissen vom 1. Mai d. J. auf rund 2,02 (i. B. 2,26) Millionen Hektar, ist also rund 140 000 Hektar kleiner als im Vorjahr. Im August d. J. hatte sich der Feldstand der Kartoffeln für das ganze Reichsgebiet um einen Punkt verschlechtert; die Note lautete am 1. September d. J. auf 2,8 (wenn 2 gut und 3 mittel bedeutet). Der Ertrag der Kartoffelernte wird nach dem Saatensandbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates vom 20. September d. J. von 43 v. H. der Berichterstatter als kleiner, von 34 v. H. als größer und von 23 v. H. gleich dem Vorjahr geschätzt.) Der Leiter der Reichskartoffelstelle und Vertreter des Reichsernährungsministers Direktor Wilim betonte, daß er lieber heute als morgen den freien Handel wieder in seine Rechte einsehen würde, wenn nicht die Verbrauchsverhältnisse dem entgegenstünden. Der allgemeine Abbau der Zwangswirtschaft würde im Einverständnis mit dem Minister im nächsten Frühjahr erfolgen, wenn die Verhältnisse es zuließen. In einer Entschließung wurde schließlich gefordert, daß, solange noch die Zwangswirtschaft in irgendeiner Form aufrechterhalten werden sollte, der legitime Handel mit der Durchführung der praktischen Kommissionstätigkeit reiflos beauftragt werde.

KA. Nach einer Mitteilung der Reichsgetreidestelle in Berlin wird trotz der eindringlichen Mahnungen an die Landwirte die Getreideablieferungen bisher hinter allen Erwartungen zurückgeblieben. Die durchschnittlichen Tagesanlieferungen blieben in letzter Zeit um ein Viertel hinter dem Tagesbedarf zurück. Die ohnehin schon außerordentlich schwachen Reserven vermindern sich von Tag zu Tag derart, daß ihre Erschöpfung in bedrohliche Nähe gerückt ist. Der Zusammenbruch der Brotversorgung kann nur noch vermieden werden, wenn es gelingt, die Anlieferung von Brotgetreide sofort für die nächsten Wochen auf das Dreifache der bisherigen Anlieferungen zu steigern. Diesen Zweck verfolgt die vom Reichsernährungsminister erlassene Verordnung vom 1. September 1919, wonach für die Ablieferung von Brotgetreide Lieferungszuschläge von 150 bzw. 75 Mk. für die Tonne gezahlt werden. Die größeren Aufwendungen, die der Lieferungszuschlag erfordert, werden nur dann bei der versorgungsberechtigten Bevölkerung Verständnis finden, wenn der erhoffte Erfolg nunmehr auch tatsächlich eintritt. Die Reichsgetreidestelle muß unter allen Umständen bis zum 15. Oktober so große Vorräte in die Hand bekommen, daß es ihr ermöglicht wird, während der ganzen Zeit, in der dann der Landwirt durch die Herbstbestellung mehr oder weniger verhindert ist und in der darüber hinaus

die zur Versorgung der Bedarfsbezirke für den Winter nötigen Kartoffeltransporte den hauptsächlichsten Eisenbahnfrachtraum in Anspruch nehmen, die ganze Ernährung der versorgungsberechtigten Bevölkerung mit Brot und Mehl sicherzustellen. Nur wenn das gelingt, kann auch zu der von allen Seiten geforderten niedrigen Ausmahlung geschritten werden. Unter diesen Umständen muß jeder Landwirt die sofortige reifliche Ablieferung der von ihm abzugebenden Frucht als vornehmste Pflicht betrachten.

* Verbesserungen im Winterfahrplan.

Der Winterfahrplan, der für die Eisenbahndirektion Mainz nun endgültig vorliegt, bringt noch verschiedene bemerkenswerte Verbesserungen. Einmal werden fortan die Züge auf der Strecke Wiesbaden—Langenschwalbach—Diez—Limburg (Bahn), die bisher noch an der Brückenkopfgrenze bei Michelbach gebrochen waren, durchgeführt. Damit bekommt die letzte der vom Brückenkopf Mainz nach dem unbefehlten Deutschland führenden Bahnlinien wieder ihren normalen Durchgangsverkehr. Der Kontrollaufenthalt von zehn Minuten erfolgt in Michelbach. Auch auf der Strecke Frankfurt—Mainz—Kassel—Wiesbaden ist der Spätverkehr gegenüber dem seit 9. September geltenden Fahrplan, der eine Verschlechterung brachte, wieder besser bedient. Der letzte Zug verläßt Frankfurt 11,20 statt 10,20 Uhr. Dadurch werden die Anschlüsse an die Durchgangspersonenzüge von Berlin und Kassel wieder gewonnen. Auf den Strecken, die befestigt sind, gilt die westeuropäische Zeit, die gegenüber der mitteleuropäischen im unbefehlten Deutschland eine Stunde nachgeht. Auf den die Brückenkopfgrenze durchschneidenden Strecken erscheinen beide Zeiten im Fahrplan. Der Winterfahrplan tritt zugleich mit der Uhrumstellung am 5. Oktober in Kraft.

* **Der Vorsitz in der Einkommensteuerveranlagungskommission** und in den Ausschüssen der Gewerbesteuerklassen 3 und 4 für den Landkreis Wiesbaden ist dem Vorsitzenden des Staatssteueramts in Wiesbaden übertragen. Die Geschäftsräume befinden sich Adolfsstraße 4, in Wiesbaden. Briefe an das Staatssteueramt sind nach Friedrichstraße 32 zu richten.

* **Gewerbe- und Handwerkerlagung.** Der Verband Deutscher Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen hält am Sonntag, den 28. September, in Darmstadt seine 18. Hauptversammlung ab. Die Verhandlungen beginnen vormittags 9 Uhr im Sitzungssaal der Zentralfelle für die Gewerbe, Neckarstraße 3. Von den vorgesehenen Verhandlungsgegenständen dürfen insbesondere die Beratungen über die Gemeinschaftsarbeit mit dem Deutschen Handwerks- und Gewerbeverband und der Vortrag über: „Der Deutsche Gewerbeverband und das Reichsnutzen“ interessieren.

* **Wiesbaden.** Ueber die Stärke der künftigen hiesigen Besatzung verlautet, daß dieselbe aus zwei Infanterie- und einem Kavallerie-Regiment bestehen soll. Die kleineren Ortschaften sollen alsdann geräumt werden, die größeren, insbesondere aber die Eisenbahnstationen, besetzt bleiben.

* **Flörsheim a. M. Schweine-Diebstahl.** Von einem das Dorf passierenden Lastauto, das in einem Anhängewagen große Mengen frisches Schweinefleisch mit sich führte, wurden auf der Landstraße am hellen Tage nicht weniger als 14 halbe Schweine gestohlen und rasch beseitigt. Als der Wagenführer später den Verlust entdeckte, eilte er hierher zurück. Mit Hilfe einer Anzahl Flörsheimer Bürger gelang es ihm, das Fleisch in einem Versteck auf der Schindhaute, einem aufgegebenen ehemaligen Steinbruche, zu entdecken. Die Polizei suchte bis jetzt vergeblich nach den Dieben.

Kleine Chronik.

Neue Kohlenlager. Nach dem „Berl. Vol.-Anz.“ wird der sächsische Staat die Bistowitzer Kohlenlager, die, wie die Bohrungen ergeben haben, außerordentlich reich an Braunkohle sind, jetzt ausschließen. Die Lager vermögen jetzt Ost-Sachsen und Dresden zu versorgen. Man hofft, schon im kommenden Winter die Kohlenversorgung verbessern zu können.

Ueberschwemmungskatastrophe. Nach der „Nieuwe Courant“ sind durch eine Ueberschwemmung in Texas große Verwüstungen angerichtet worden. An der Küste von Corpus Christi und an der Ryeabucht sollen mindestens 1000 Leichen liegen. 30 000 Menschen sind obdachlos. Der Schaden wird auf vier Millionen Dollars geschätzt.

Marconi soll es gelungen sein, sich mit seinen Freunden mittels eines drahtlosen Taschentelephons verständlich zu machen.

Landwirtschaftliches.

Unhaltbare Zustände in der Gemüsesamenzucht. Die enorm hohen Preise, die Samenzüchter und auch Aufforderungen in Fachblättern, selbst Samen zu ziehen, haben dazu geführt, daß Unkenntnis und auch wohl oft Gewinnsucht uns zu Samereien verhalten die manchen ahnungslosen Gemüsezüchter empfindlich geschädigt haben und manchen „Selbstzüchter“ und „Selbstversorger“ blaue Wunder erleben ließen, wenn seine „selbstgezüchteten“ Bastarde sich entfalteten und nicht das brachten, was gewünscht war. Schon im Frühling sah man an den Saatbeeten beim Aufgehen — besonders bei Kohlarten — daß man vor einer gemischten Gesellschaft stand. Nicht gleichmäßig keimte die Saat, wie wir es sonst gewohnt waren, sondern in Zwischenräumen von mehreren Tagen kommen die einzelnen Teile der Mischung zum Vorschein. Wachsen die Pflanzen heran, so treten schon einige Unterschiede in der Rasse auf. Gut wenn es nur dabei bleibt. Aber schlimmeres steht uns oft bevor.

oor, wenn unsere Erzeugnisse „fertig“ sein sollten. Wir sehen die sonderbarsten Gestalten, halb Fisch, halb Mensch, möchte man sagen. Hier steht Kohlraabi mit Wirsingblättern, dort Grünkohl, dessen Blätter darnach trachten, sich zu einem Buschellopf zu rollen und dergleichen. Ich sah kürzlich im Garten eines Kleinfrieders ein Beet mit etwa 100 Grünkohlspflanzen (fast ausgewachsen), davon waren sage und schreibe 3 echt; alles übrige — gegen 97 Prozent — zeigten ein unbestimmbareres Etwas, daß auf alle möglichen Elternschaften schließen ließ. Das war ein Beispiel von vielen, unzähligen! Diese Katastrophe ist nicht nur hier eine örtliche Erscheinung, nein, auch anderswo ist man soweit gekommen, wie ich mich kürzlich in der Umgebung Erfurts überzeugen konnte. Man denke „Erfurt“ die Hochburg der deutschen Samenzucht und Handels. Aber in den meisten Fällen hat der bewährte Samenzüchter und Händler mit solchen „Erzeugnissen“ nichts zu tun. Vielmehr pflanzt der Laie sich jetzt — weil er ja selber Samen ziehen soll — ein paar Weißkohl, Rotkohl, Grünkohl, Kohlraabi zc. in einer Reihe schön auf — so, daß ist meine Samenzucht! Nun blüht nachher die Gesellschaft, so ziemlich zu gleicher Zeit. Der Blütenstaub wird vom Wind und Insekten von einer Staude zur andern getragen und schließlich ist die ganze Gesellschaft miteinander verschwägert und das Resultat ist nun, daß alle Stauden Bastardsamen bringen, der für unsere Kulturen nicht brauchbar ist. Darum soll ein Kleingartenbesitzer, wenn er seinen Samen glaubt selber ziehen zu müssen, nur eine Sorte Kohl zum Samentragen stehen lassen. Will man in Kleingartenkolonien absolut selbst Samereien ziehen, so mögen sich verschiedene Kolonisten einigen und z. B. einer Wirsing, der andere Grünkohl oder Rosenkohl zc. für Samenzucht stehen lassen, so daß die verschiedenen Kohlsorten in genügender, räumlicher Entfernung von einander blühen und eine Kreuzbefruchtung ausgeschlossen ist. Noch eins: Gewissenlose Händler und unwissende Laien haben Abendskohlarten, Kohlraabi zc., die statt Köpfe zu bilden, frühzeitig in Saat schossen, stehen lassen und als Samenträger verwendet. Es sind morgengroße Flächen solcher „Samenzuchten“ beobachtet worden, die schwerlich nur den „eigenen Bedarf“ decken sollen. Eine Ausrede, daß die Quartiere nicht für Samengewinnung stehen bleiben, sondern einfach „vergessen“ seien, trifft auch nicht zu, denn es wurde wieder beobachtet, daß die Quartiere säuberlich gereinigt und sogar die Samenscheitel aufgebunden wurden. Auch diese Art der Samenzucht darf nicht einreißten, keine Pflanze, die nicht den normalen Wachstumsvorgang zeigt — von diesen sollen auch nur die besten zur Samenzucht verwendet werden — d. h. ihre Aufgabe als Gemüsepflanze erfüllt hat u. g. im vollendeten Stadium, ist zum „Samenträger“ geeignet. Unsere realen Samenzüchter stehen seit Jahren auf dem Standpunkt, daß nur das Beste zur Samenzucht gut genug ist. Immer wieder ist durch Wort und Schrift gelehrt worden, wie wichtig es ist, zur Samenzucht eine sachgemäße Auslese der besten Individuen als Samenträger vorzunehmen. Soll nun all dies Wissen, all diese Bestrebungen mit Füßen getreten werden — der gesamte Samenhandel in ein falsches Licht gezogen werden? Also wer nicht die elementarsten Regeln der Samenzucht kennt lasse seine Finger davon und wer in gewissenloser Gewinnsucht willkürlich wertlosen Samen in den Handel bringt, der muß unmissverständlich an den Pranger in der Fachpresse gestellt werden.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Öffentliche Mahnung zur Zahlung fälliger Steuern etc.

Alle Steuerpflichtigen, welche mit der Zahlung der Steuern für das 1. und 2. Vierteljahr 1919/20 und sonstiger Abgaben noch rückständig sind, werden hierdurch aufgefordert, die Rückstände bis zum 30. September einzuzahlen.

Nach Ablauf dieser Frist beginnt mit dem 1. Oktober die kostenpflichtige Zwangsbeitreibung. Bei Zufendung auf bargeldlosem Wege oder durch die Post hat die Einzahlung so rechtzeitig zu erfolgen (2 Tage vorher), daß der Betrag spätestens am 30. September bei der Kasse eingegangen ist. In diesen Fällen ist außer der Adresse die Hebungsnummer auf den Abschnitten anzugeben. Die Mahngebühren sind vom 26. September ab zu zahlen.

Schierstein, den 24. September 1919.

Gemeindefasse.

Betr. Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen am 26. Oktober 1919.

Die Wählerlisten zu den Wahlen zur Gemeindevertretung liegen vom 27. September bis 4. Oktober 1919 während der Dienststunden auf Zimmer 7 des Rathauses zur Einsicht offen.

Einsprüche gegen die Wählerlisten sind bis zum Ablauf der Auslegungsfrist, also spätestens bis zum 4. Oktober 1919 bei dem Gemeindevorstande anzubringen.

Betr. Ausgabe von Krankenbutter.

Die Ausgabe von Krankenbutter erfolgt Freitag, den 26. d. Mts., von 8 bis 9 Uhr vormittags, auf Zimmer 4 im Rathause gegen Vorzeigung ärztlicher und freisärztlicher Ausweise.

Im freiem Handel:
la neue Haferfloeken
per Pfund Mk. 1.85.
Neue holländische Bollheringe
Stück 80 Pfg.
Neue große Salzgurken
Stück 25 Pfg.
empfiehlt

Jean Wenz.

Koch- und Pottwergbirnen
hal abzugeben
Gastwirtschaft Ermet.
Kleine Anzeigen
werden nur nach vorheriger Bezahlung aufgenommen. Für telephonisch aufgenommene Inserate wird keine Garantie für den richtigen Wortlaut übernommen.

Schiersteiner Zeitung

Rein Laden, f. keine Unkosten.

Moderne Küchen

gerade od. rund vorgeb., m. schönen Doppelholzplatten, wie echtem Einoletum, tabellos., feibere Arbeit, f. billig. Heinrich Jenz, Mainz, Leibnizstr. 30. Spezialität, Küchenmöbel.

Gemeinnützige Baugenossenschaft Schierstein.

Donnerstag, den 25. September, abends 8 Uhr
im „Raffauer Hof“

General-Versammlung.

Tagesordnung:

Beratung der Satzungen.

Vorstandswahl.

Wahl des Aufsichtsrates.

Alle, die schon als Mitglieder eingetragen sind, sowie solche, die noch die Absicht haben, als Mitglied beizutreten, werden zu pünktlichem Erscheinen eingeladen.

Der Vorstand.

Ziegenzuchtverein Schierstein.

In Folge der zunehmenden Preissteigerung aller Futtermittel ist das Deckgeld pro Ziege für dieses Jahr auf 2 Mark festgesetzt. Die Deckstation befindet sich Schulstraße 4

Der Vorstand.

Ein Acker
Dickwurz
zu kaufen gesucht.
J. Jahres, Bebrstraße 35.
Frau empfiehlt sich im
Fliesen
in und außer dem Hause.
Wilhelmstraße 7.

Schöne
Birnen
(Schweizerrosen)
zu verkaufen.
Dohheimerstraße 25.
Sachen zum Reinigen und Färben
für Firma Rausen & Heberlein werden angenommen durch
Wilhelm Jödel,
Friedrichstraße 24.

Achtung! Eingetroffen!

la Steintöpfe

von 10 bis 40 Ltr., à Ltr. 90 Pfg.

Ferner empfiehlt: Einkochgläser und Krüge.
Warengeschäft Knab,
Ecke Wilhelm- und Mittelstr.

Jeder Hausfrau
macht das Einmachen große Sorgen, da ihre Steintöpfe gesprungen und neue sehr teuer sind. Diese Sorgen können sie sparen durch meinen Original-Emaille- u. Porzellan-Ritt
Wiesbaden,
Nur Schwalbacher Str. 29,
Ritt- und Reparatur-Anstalt.
Spez.: Marmor-Reparaturen.

Für unser Haushalt- und Maschinengeschäft ein
Lehrling
aus anständiger Familie mit guter Schulbildung gesucht.
Einstritt sofort.
Rosenthal & Co. Wiesbaden,
Kirchgasse 5.

Eine gute
Ziege
sowie ein Erstling wegzugehen halber sofort zu verkaufen bei
Ludwig Schäfer,
Biebricherstr. 36.

Schöne
Wiesenbirnen
zu haben
Dohheimerstr. 9.

Neu eingetroffen:
Wassermotor-Waschmaschinen
Holzwaschmaschinen versch. Syst., Wringmaschinen, Obstpressen, Zentrifugen und Buttermaschinen billigst.

Rosenthal & Co.,
Wiesbaden, Kirchgasse 5.

1000000 ägypt. Zigaretten
eingetroffen.

Versteuert und verzollt.

Marke: Kalliston
Tigris
Miss Blanche
Prinz Leopold
Khat Fein
und Dohn.

Louis Oberding,
Georg Zollinger Nachf.
Wiesbaden, Schwalbacherstr. 43, Wiesbaden.

Ueberseeische Tabake
Mittel-, Fein- und Grobschnitt, Wiesbaden, Michelsberg 3. Billige Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Hans Roth,

Wiesbaden, Michelsberg 3. Billige Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

FROSCHKÖNIG SPRICHT



Nicht der Preis

sagt, ob ein Mittel
billig ist, sondern

die Qualität.

Alle guten Eigenschaften vereinigt
der Schuhputz

Erdal

schwarz, gelb, braun, rotbraun

Alleinversteher: Werner & Merz, Mainz

Trauerhüte Trauerschleier Trauerflore

größte Auswahl billigste Preise

Modehaus Ullmann

Wiesbaden, Kirchgasse 21, Tel. 2972

Kaufmännische Privatschule
von
Emil Strauß
Wiesbaden,
Rheinstraße 46.
Ecke Moritzstraße.

**Anfang
Oktober
beginnen
neue Kurse.**

Besondere
Damen-Abteilungen
Anmeldungen täglich.

Inhaber und Leiter:
Emil Strauß

Prospecte frei

**Tailenarbeiterinnen
Rockarbeiterinnen,
Weißzeugnäherinnen,
Zuarbeiterinnen**

per sofort gesucht.

Walter Tüpf,

Wiesbaden, Langgasse 2.
Anlauf von Deutschen Schäferhunden jeden Alters, auch ganze Würfe, sowie Jagdhunde mit und ohne Dressur zu billigen Preisen. Gullisch, Wiesbaden, Rheinstraße 60.

Anfertigung von
Maß-Schäften
in tadell. Ausf. u. kürzester Lieferungsfrist.

H. Järber, Wiesbaden,
Wörthstraße 19, 1.



Kaufmännische Privatschule
Heinr. Leicher
Gegründet 1898.
Wiesbaden,
Bahnhofstraße 2.
Ecke Rheinstraße.
Lehrpläne geru zu Diensten.
Beginn neuer
Tag- und Abendkurse
Anfang Oktober.

Sußboden- Del

in guter staubbindender Qualität.

Drogerie Straußen,
Mainz, Quintinsstraße 10.
Telefon 1361.